



## EDITORIAL

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat nicht nur die Diskussion darüber entfacht, mit welchen Sofortmaßnahmen deren Auswirkungen am besten zu bekämpfen sind. Es stellt sich auch immer deutlicher die Frage nach den tatsächlichen Ursachen. In diesem Zusammenhang wird der Ruf nach Ordnungspolitik immer lauter. Diese Frage nach dem adäquaten Wirtschafts- und damit auch Gesellschaftsmodell ist dabei nicht nur auf theoretischer Basis zu beantworten. Konkrete Erfahrungen und aktuell sichtbare Reaktionen und Bilanzen lassen recht eindeutige Rückschlüsse zu.

Gerade in Lateinamerika konkurrieren in den letzten Jahren sehr unterschiedliche politische, gesellschaftliche und auch ordnungspolitische Entwicklungsmodelle neben- und auch gegeneinander.

Dabei ist festzustellen, dass die in einem klassischen Rechts-Links-Schema behaftete ideologisierte Debatte einer weitaus nüchternen und realitätsbezogenen Analyse weicht: Angesichts der trotz des beachtlichen Wirtschaftswachstums der Region nach wie vor enormen sozialen Ungerechtigkeiten und hohen Armutsraten lautete die zentrale Herausforderung für alle politischen Ansätze in erster Linie die Implementierung erfolgreicher und nachhaltiger Strategien zur Behebung dieser Missstände. Diese Herausforderung wird nun durch die Wirtschafts- und Finanzkrise noch verschärft, weil die Zeiten des stetigen Wachstums mit den entsprechenden hohen Staatseinnahmen fürs Erste vorbei sein dürften. Nun zeigt sich weitaus schonungsloser, wer in den Wachstumszeiten Vorsorge getroffen hat, wer Rücklagen geschaffen und wer strukturelle und eben nicht nur opportunistische und populistische Sozialprogramme umgesetzt und nachhaltig Wirtschaftspolitik betrieben hat.

Die ernüchternde Bilanz, die dabei 50 Jahre nach der kubanischen Revolution gezogen werden muss, demaskiert nicht nur den Mythos von der „besseren Welt“, die auf der Insel angeblich geschaffen und gegen alle weltpolitischen Veränderungen und unter Missachtung der politischen Freiheiten und elementarer Menschenrechte verteidigt wurde.

Diese falsche Illusion ist ebenso gescheitert wie die aus Erdölleinnahmen gespeisten und von Korruption und Ineffizienz begleiteten „misiones“ in Venezuela.

Richtig ist, dass alle Länder der Region angesichts dieser Herausforderungen auf die Probe gestellt sind, vermutlich der schwersten seit der Rückkehr zur Demokratie nach der Überwindung der Militärdiktaturen in den siebziger und achtziger Jahren.

Bei der Frage, wer in dieser Situation besser aufgestellt und eher in der Lage ist, diese Bewährungsprobe zu bestehen, stehen sich auf der einen Seite Länder gegenüber, die wie Kolumbien mit Strategien zur Verbesserung der inneren Sicherheit, der Förderung von Investition sowie langfristig angelegten Sozialpolitiken mit Akzent auf Bildung und Erziehung agieren oder wie Chile rechtzeitig die Einrichtung eines Stabilitätsfonds aus hohen Kupfererlösen vorgenommen haben, aus dem nun Milliardenbeträge zur Stabilisierung und Ankurbelung der Wirtschaft ohne Neuverschuldung zur Verfügung gestellt werden können. Auf der anderen Seite stehen Hasardeure wie Hugo Chávez, deren Staatshaushalt noch immer auf der Basis von 90 bis 100 US-Dollar pro Barrel basiert, während dieser längst bei 40 US-Dollar liegt und demzufolge drastische Einbrüche bei der auf diesen Kalkulationen basierenden reinen Verteilungspolitik unausweichlich sind.

Die entscheidende Frage lautet deshalb auch, wo und wie denn Armut wirksamer bekämpft wird. Mit Durchhalteparolen und externen Feindbildern wie in Kuba, Venezuela, Bolivien oder Nikaragua oder mit konkreten und strukturell angelegten Sozialprogrammen wie in Chile, Brasilien oder Mexiko? Gewiss ist auch in diesen Fällen noch vieles ungelöst und die Herausforderungen werden einen langen Atem, verantwortungsvolle Politik und internationale Kooperation benötigen. Dabei geht es aber zunehmend um Kooperation auf Augenhöhe und darum, gemeinsame Anstrengungen zur Behebung der globalen Probleme zu unternehmen. Wer dabei die geeig-

neten Partner, sind wird sicher auch daran gemessen werden müssen, mit welchen Konzepten und Vorstellungen jeweils innen- und außenpolitisch Position bezogen wird. In Lateinamerika ist in dieser Hinsicht die politische Landkarte mittlerweile recht eindeutig geordnet.

Johd Wahler,  
Stellvertretender  
Generalsekretär